

Heise, Arne

Article — Digitized Version

Arbeitslosigkeit: Konjunkturell oder strukturell?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Heise, Arne (1994) : Arbeitslosigkeit: Konjunkturell oder strukturell?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 12, pp. 623-626

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137192>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arne Heise

Arbeitslosigkeit: Konjunkturell oder strukturell?

Zur Behebung der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland werden je nach Ursachenanalyse und Standpunkt einerseits „keynesianische“, andererseits „klassische“ Therapieansätze unterbreitet. Dr. Arne Heise unterzieht die Argumente für eine klassische Arbeitslosigkeit einer kritischen Überprüfung und stellt ein „Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm“ vor, das insbesondere eine staatliche Investitionsoffensive vorsieht.

Fast 3,5 Mill. Arbeitslose und über 6 Mill. fehlende Arbeitsplätze¹ haben zumindest eines bewirkt: Massenarbeitslosigkeit steht endlich wieder ganz oben auf der wissenschaftlichen² und politischen³ Agenda, nachdem die monetaristischen achtziger Jahre noch ganz im Zeichen der Inflationsbekämpfung gestanden hatten.

Bei der Diagnose der Arbeitslosigkeit wird häufig zwischen keynesianischer und klassischer Arbeitslosigkeit unterschieden, wobei, grob gesagt, keynesianische Arbeitslosigkeit für einen konjunkturellen Nachfragemangel, klassische Arbeitslosigkeit für strukturelle Angebotsprobleme steht. Ist keynesianische Arbeitslosigkeit als Ursache identifiziert, kommen staatliche Nachfrageprogramme als Therapie in Frage, bei klassischer Arbeitslosigkeit müssen Angebotshemmnisse – zu hohe oder zu wenig differenzierte Löhne, zu hohe Lohnersatzleistungen, überregulierte Arbeitsmärkte und unflexible Lohnsysteme – beseitigt werden.

Schon allein diese Etikettierung aber vernebelt mehr, als sie offenzulegen vermag. Damit wird nämlich keynesianische Arbeitslosigkeit auf temporäre, konjunkturelle Einflüsse reduziert und langanhaltende Arbeitslosigkeit automatisch zu struktureller, klassischer Arbeitslosigkeit ernannt. Kein Wunder also, wenn der massive *Anstieg* der Arbeitslosigkeit nach den mittlerweile drei Rezessionen der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte zu-

nächst auf keynesianische, konjunkturelle Faktoren, das *Verharren* auf dem jeweiligen hohen Niveau aber auf strukturelle, klassische Faktoren zurückgeführt wird: „Auch nach den letzten Rezessionen hat die Beschäftigungszunahme in der Aufschwungsphase den vorherigen Arbeitsplatzabbau nicht ausgleichen können. Der Sockel der Arbeitslosigkeit ist kontinuierlich gewachsen. Somit läßt sich das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit nur zum Teil mit konjunkturellen Faktoren erklären. Die anhaltende Unterbeschäftigung, die auch im Aufschwung nicht wieder abgebaut wird, hat vielmehr strukturelle Ursachen.“⁴

Neoklassische Erklärungsversuche

Die Ursachen der strukturellen Arbeitslosigkeit, abgeleitet aus der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie⁵, werden dann in einem zunehmenden regionalen und qualifikatorischen Mismatch, also einer Nichtübereinstimmung

¹ Diese Zahl, die so fatal an die „Weimarer Verhältnisse“ erinnert, ergibt sich aus der Addition der offiziell registrierten Arbeitslosen (ca. 3,5 Mill.), der sogenannten „stillen Reserve“ (ca. 2 Mill.) und der Arbeitsmarktentlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (z.B. ABM, Kurzarbeit etc.: mindestens 700 000).

² So hat z.B. die OECD jüngst erste Ergebnisse eines großangelegten Forschungsprojektes veröffentlicht: OECD: The OECD Jobs Study – Facts, Analysis, Strategies, Paris 1994.

³ Bemerkenswert ist sowohl das Weißbuch der EG-Kommission als auch die „Berliner Erklärung“, die sich beide eine Halbierung der Arbeitslosigkeit (in der EU bzw. in der Bundesrepublik) zum ehrgeizigen Ziel setzen; vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Weißbuch, Brüssel 1993; Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen: Berliner Erklärung – Zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000, Berlin 1994.

⁴ BHF-Bank: Wirtschaftsdienst, Arbeitslosigkeit: Überwiegend strukturelle Ursachen, Nr. 1765 vom 5. 11. 1994.

⁵ Die statische, auf den Arbeitsmarkt konzentrierte Betrachtungsweise der Neoklassik impliziert eine Fokussierung auf die „Lohnfrage“.

Dr. Arne Heise, 34, ist wissenschaftlicher Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB in Düsseldorf.

von angebotener und nachgefragter Arbeit, und einem Verlust der Signalfunktion der Löhne gesehen. Vermachtete Arbeitsmärkte – insbesondere die Monopolmacht der Gewerkschaften – führen danach zur sogenannten „Insider-Outsider-Problematik“, womit die Fähigkeit der beschäftigten Insider (bzw. ihrer Gewerkschaften) gemeint ist, mit überhöhten Lohnforderungen unbeschäftigte Outsider von einer Beschäftigung fernzuhalten⁶. Diese Darlegung wird gern als Erklärung für das Verharrungsvermögens der Arbeitslosigkeit nach einer Rezession – der sogenannten Hysterisis⁷ – benutzt. Aber auch der Zentralitäts- und Flexibilitätsgrad des deutschen Tarifsystems wird verantwortlich dafür gemacht, daß die Lohn dispersion und -flexibilität in bezug auf die Arbeitsmarktkonstellationen nicht ausreichend sei, um die schockartigen Veränderungen einer in den internationalen Wettbewerb eingebundenen Wirtschaft verarbeiten zu können⁸.

Die Folge ist ein Anstieg der „natürlichen Arbeitslosigkeit“⁹ – empirisch durch die sogenannte NAIRU (Non-Accelerating-Inflation-Rate-of-Unemployment) angenähert –, die durch staatliche Nachfrageprogramme oder tarifliche Arbeitszeitverkürzungen nicht reduziert werden kann¹⁰. In diesem Sinne folgert Juergen B. Donges, Mitglied des Sachverständigenrats, unmißverständlich: „Lohnpolitische Fehlentwicklungen korrigieren, überzogene Regulierungen abbauen, die Anpassungen an den strukturellen Wandel bewältigen – ... Es gibt keine tragfähige Alternative zu einer marktkonformen Lohnpolitik in Verbindung mit einer Lockerung der Arbeitsmarktordnung.“¹¹

Argumente nicht stichhaltig

Bei genauer Betrachtung kann aber keines dieser Argumente durch empirische Belege untermauert werden:

Die „Insider-Outsider-Problematik“, die auf die Macht der Gewerkschaften abstellt, könnte allenfalls eine Be-

schäftigungs-Hysterisis, aber keine Arbeitslosigkeits-Hysterisis erklären. Tatsächlich aber erlebten wir, daß die Beschäftigung nach einer Rezession relativ schnell den Vorkrisenstand erreichte. Die Arbeitslosigkeit verblieb hingegen fast unverändert, weil zwischenzeitlich das Erwerbspersonenpotential gestiegen war. Die jeweiligen konjunkturellen Aufschwünge waren einfach nicht stark genug, um das vorhandene Arbeitsangebot zu absorbieren. Gleichzeitig hat sich die Arbeitsmarktdynamik, also die Anzahl der Bewegungen in die und aus der Arbeitslosigkeit, kontinuierlich erhöht. Auch dies spricht nicht für eine Insidermacht, die zu Lasten der arbeitslosen Outsider ausgenutzt wurde¹².

Der Versuch, die Lohnhöhe für die unbefriedigende Beschäftigungsentwicklung verantwortlich zu machen, scheiterte einerseits an der äußerst moderaten Lohnentwicklung der späten achtziger Jahre, andererseits an der Erkenntnis, daß sich eine „aggressive Lohnpolitik“ immer erst im nachhinein (ex post) als solche herausstellte, zur Zeit des Abschlusses (ex ante) aber durchaus moderat war. Hierin zeigt sich schlicht, daß die im Mittelpunkt der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie stehenden Real-löhne eben Resultanten, nicht Determinanten der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sind¹³.

Die Flexibilität des deutschen Tarifsystems in bezug auf die Arbeitsmarktkonstellation wird gewöhnlich anhand der Reallohnelastizität in Hinblick auf die Arbeitslosenquote und in Hinblick auf die Veränderung der Arbeitslosenquote gemessen¹⁴.

Dazu das Schaubild: Ein – wie auch immer ausgelöster – Anstieg der Arbeitslosigkeit über ihre „natürliche Rate“ (Natural-Rate-of-Unemployment; NRU) müßte bei unterstellter Flexibilität des Lohnsystems zu einer Reduktion der Lohnansprüche führen, bis die Arbeitslosigkeit wieder auf ihr „natürliches“ Niveau (oder im konjunkturellen Aufschwung sogar darunter) gefallen ist (Fall B im Schaubild). Reagiert aber die Lohnentwicklung stärker auf die Veränderung der Arbeitslosigkeit als auf ihr absolutes Niveau, dann bewirkt eine Stabilisierung auch auf hohem Niveau eine Wiederbelebung tariflicher Lohnforderungen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit müßte mit einer akzelerierenden Lohn- und Preisinflation bezahlt wer-

⁶ Vgl. z.B. den jüngst erschienenen Aufsatz von A. Belke, M. Göcke: Starke Hysterisis auf dem Arbeitsmarkt; in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 114. Jg., H. 3, 1994, S. 345-377.

⁷ Dieser Begriff der Elektrophysik beschreibt die Pfadabhängigkeit einzelner Variablen – in unserem Fall der Arbeitslosigkeit.

⁸ Vgl. exemplarisch N. Berthold: Arbeitslosigkeit in Europa – Ein schwer lösbares Rätsel?, in: E. Kantzenbach, O. G. Mayer (Hrsg.): Beschäftigungsentwicklung und Arbeitsmarktpolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 219, Berlin 1992, S. 51-87.

⁹ Dieser Begriff wurde von Milton Friedman geprägt, um jene Arbeitslosigkeit zu charakterisieren, die mit einem neoklassischen, allgemeinen Gleichgewicht vereinbar ist – also nur „freiwilligen“ Charakter trägt.

¹⁰ Jeder Versuch, die aktuelle Arbeitslosenquote unter die „natürliche Arbeitslosenquote“ zu drücken, müßte in akzelerierender Inflation enden.

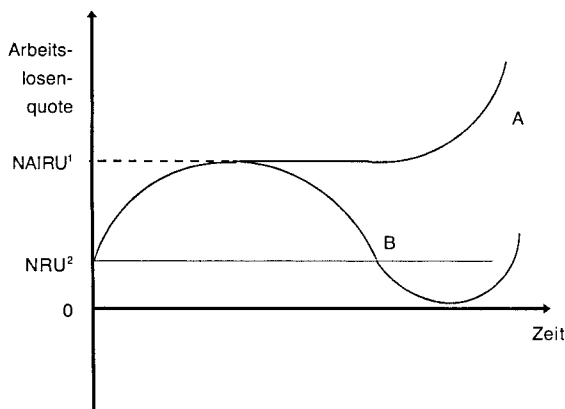
¹¹ J. B. Donges: Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 23. Jg., H. 8, 1994, S. 381.

¹² Die für die Insider-Outsider-Theorie notwendigen Transaktionskosten oder „sunk cost“ können allerdings erklären, wieso ein Aufschwung zunächst auf seine Tragfähigkeit geprüft und Überstunden hochgefahren werden, bevor eine Beschäftigungsausweitung einsetzt.

¹³ Ausführlicher dazu A. Heise: Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung – Einige Bemerkungen, in: WSI-Mitteilungen, H. 1, 1993.

¹⁴ Eine empirische Lohngleichung sieht dann gewöhnlich etwa so aus: $w = a_0 + a_1U + a_2DU + a_3X$; mit w: Lohnsatz; U: Arbeitslosenquote; DU: Veränderungsrate der Arbeitslosenquote; X: Vektor weiterer Einflüsse.

Das NAIRU-Konzept



¹ Non-Accelerating-Inflation-Rate-of-Unemployment. ² Natural-Rate-of-Unemployment.

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB.

den, bzw. eine auf Preisstabilität fixierte Notenbank verhindert eine Senkung der Arbeitslosigkeit unter jene Schwelle, die eine solche Entwicklung befürchten läßt – die NAIRU. Ein neuerlicher „Schock“ trifft dann auf eine deutlich höhere Sockelarbeitslosigkeit als im Falle eines flexiblen Lohnsystems (vgl. Fall A im Schaubild). Genau dieser Lohnbildungsprozeß läßt sich aber für die Bundesrepublik empirisch nicht belegen.

Es zeigt sich vielmehr, daß die Höhe der Arbeitslosenquote einen deutlich stärkeren Einfluß auf die Lohnentwicklung (real wie nominal) nimmt als die Veränderungsrate der Arbeitslosenquote¹⁵. Damit aber bewahrheitet sich nicht, was das NAIRU-Konzept zu behaupten scheint: ein Wiederaufflammen der Inflation, sobald der Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt ist, oder anders: eine Erhöhung der Arbeitslosenquote, bei der die Geldentwertung stabil bleibt (Nachaußenverschiebung der Phillips-Kurve).

Das absolute Ausmaß der Reallohnelastizität besagt nicht viel, da wir kein geeignetes Referenzmaß kennen. Wie in fast allen anderen westlichen Ländern ist allerdings in der Bundesrepublik die Reallohnelastizität in den achtziger Jahren gegenüber den siebziger Jahren gestiegen. Ein internationaler Vergleich (hohe oder niedrige Elastizität) hingegen ergibt kein einheitliches Bild: Je nach Wahl des Stützzeitraumes, der Periodizität der

¹⁵ Das heißt, das Bestimmtheitsmaß des Zusammenhanges von Lohnentwicklung und Niveau der Arbeitslosigkeit ist deutlich höher als im Falle der Korrelation von Lohnentwicklung und Veränderungsrate der Arbeitslosenquote. Vgl. z.B. D. T. Coe: Nominal Wages, the NAIRU and Wage Flexibility, OECD Economic Studies, Nr. 5, 1985, S. 87-126. Ein direkter Vergleich der Elastizitäten beider Größen verbietet sich, weil die Veränderungsrate der Arbeitslosenquote natürlich größeren Schwankungen unterliegt als die Niveaugröße Arbeitslosigkeit.

Daten und der Spezifikation der Lohnfunktion kommen verschiedene Studien zu deutlich unterschiedlichen Ergebnissen.

□ Sowohl die regionale als auch die inter-industrielle Lohndispersion hat in den achtziger Jahren gegenüber den siebziger Jahren zugenommen¹⁶. Damit kann die Signalfunktion des Lohnes zumindest nicht vollständig abhanden gekommen sein. Auch das Ausmaß der Zunahme der Dispersion liegt im internationalen Trend. Lediglich das Niveau unterscheidet sich noch z.B. von dem der USA – allerdings zeigen verschiedene Studien¹⁷ eine eher negative Gesamteinschätzung der Beschäftigungswirkungen hoher Lohndifferentiale. Insgesamt kann aber die Frage nach der Angemessenheit der Lohnflexibilität und -differenziertheit empirisch nicht beantwortet werden, weil beide Konzepte rein normativen Charakter tragen. Damit immunisieren sie sich aber auch gegen Kritik.

□ Die Bedeutung des Mismatch-Phänomens kann anhand der sogenannten Beveridge-Kurve eingeschätzt werden, die eine Beziehung zwischen Vakanzen (offenen Stellen) und Arbeitslosen herstellt. Es ist bis heute umstritten, ob sich die Beveridge-Kurve im Laufe der letzten zwei Dekaden verschoben hat und ob dies dann gleichzeitig eine strukturelle Verschlechterung des Arbeitsmarktes bedeuten muß oder ob dies auch konjunkturelle Ursachen haben kann. In jedem Fall läßt sich das Mismatch-Phänomen nicht bestreiten, obwohl es kaum mehr als ein Sechstel der gesamten Unterbeschäftigung erklären kann¹⁸.

Staatliche Interventionen erforderlich

Obleich es sicherlich temporäre Lohnrigiditäten und Mismatch-Probleme gibt, kann die persistente Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wohl kaum auf klassische, strukturelle oder keynesianische, konjunkturelle Ursachen zurückgeführt werden. Vielmehr handelt es sich hierbei um Begleiterscheinungen eines reifen Kapitalismus: Bei zunehmend auftretenden Saturationsphänomenen und einer Verunsicherung der Verwertungsbe-

¹⁶ Vgl. z.B. L. Bellmann, J. Möller: Institutional Influences on Interindustry Wage Differentials, in: Regensburger Diskussionspapiere zur Wirtschaftswissenschaft, Nr. 257, Dezember 1993; J. Möller: Ist der Arbeitsmarkt verknöchert?, in: WSI-Mitteilungen, H. 6, 1994, S. 357-363. Trotz einer Reihe von gravierenden Problemen bei der empirischen Überprüfung der regionalen Lohndispersionshypothese – z.B. Aufholprozesse traditioneller Niedriglohnregionen, Bedeutung der Lebenshaltungskosten in Regionen unterschiedlichen Urbanitätsgrades etc. – zeigt sich ein deutlicher Gleichlauf von regionaler (z.B. auf Arbeitsamtsbezirksebene) Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung.

¹⁷ Vgl. z.B. L. Bell, R.B. Freeman: Does a Flexible Industry Wage Structure Increase Employment? The US Experience, NBER Working Paper, Nr. 1604, Cambridge/Mass. 1985.

¹⁸ Den etwa 6 Mill. (gemeldeten und nicht-gemeldeten) Arbeitsuchenden stehen nur etwa 0,8 - 1 Mill. (gemeldeter und nicht-gemeldeter) Vakanzen gegenüber.

dingungen (die ihren Ausdruck z.B. in der Intensivierung des internationalen Wettbewerbs findet) kommt es – bei deutlich gestiegenen Realzinsen – zur Öffnung einer „Investitionslücke“: Die private, rentabilitätsabhängige Investitionsnachfrage reicht nicht mehr aus, um die (Ex-ante-)„Vollbeschäftigungersparnis“ zu absorbieren¹⁹. Es entsteht das „Paradoxon“, bei zunehmend unbefriedigten Kollektivbedürfnissen (Bildung, Forschung und Entwicklung, Umwelt etc.), die aber eben (noch) nicht marktlich übersetzbar (d.h. profitabel vermarktbar) sind, in eine dauerhafte Investitionsschwäche zu laufen²⁰.

Als Begleiterscheinung dieser Entwicklungsphase entsteht eine Form der Arbeitslosigkeit²¹, die deshalb Gleichgewichts-Arbeitslosigkeit genannt werden kann, weil sie weder auf ein konjunkturelles Ungleichgewicht am Güter- und Arbeitsmarkt noch auf ein strukturelles Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt rekurrieren muß. Da J.M. Keynes diese Entwicklungsgeschichte bereits Mitte der vierziger Jahre beschrieb²², ist diese Form der Arbeitslosigkeit berechtigterweise „keynesianisch“ zu nennen²³. Statt aber einer temporären, liefert sie einer dauerhaften staatlichen Intervention die Grundlage, die gleichermaßen die bestehende gesamtwirtschaftliche Investitionslücke schließen und die kollektiven Bedürfnisse befriedigen muß.

Programmentwurf des WSI

Die Effekte einer solchen staatlichen Investitionsoffensive, wenn sie kooperativ von tariflicher Arbeitszeitpolitik und rahmengebender Geldpolitik unterstützt wird, sind im „Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm“ des WSI jüngst beschrieben worden: Hierbei werden über einen mittelfristigen Zeitraum von 10 Jahren 470 Mrd. DM in zehn Bedarfsfeldern überwiegend investiv verausgabt: Die Überlegungen des EU-Weißbuches

„Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“²⁴ aufgreifend wird ein Ausbau transnationaler Netze und die Förderung von Forschung und Entwicklung vorgeschlagen. Darüber hinaus sollen Maßnahmen im Bereich des kommunalen Umweltschutzes und des kommunalen Nahverkehrs, der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen, des völlig überlasteten Hochschulbereichs, aber auch des (vornehmlich sozialen) Wohnungsbaus und der Gesundheitsversorgung gefördert werden.

Um den Beschäftigungs- und damit auch den Selbstfinanzierungseffekt staatlicher Investitionsprogramme zu erhöhen, zumal wenn sie das Produktivitätswachstum nachhaltig fördern und damit die „Beschäftigungsschwelle“ erhöhen, bedarf es einer von den Tarifparteien ausgestalteten Arbeitszeitverkürzung, die die Lohnstückkosten unberührt läßt. Im „Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm“ ist eine Verdopplung der „Arbeitszeitverkürzungsgeschwindigkeit“ bis zum Jahre 2000 vorgesehen.

Da der Erfolg einer solchen Modernisierungs- und Beschäftigungsinitiative im wesentlichen von der Reaktion der Bundesbank abhängt und eine angemessene Berücksichtigung der Preisstabilität durch die Tarifparteien nur dann zu erwarten ist, wenn die Bundesbank ihren übermäßig restriktiven geldpolitischen Kurs des letzten Jahrzehnts zugunsten einer Flankierung des „Modernisierungs- und Beschäftigungsprogrammes“ überdenkt, wurde in einer Simulationsrechnung eine moderate Senkung des Lombardsatzes um 0,8 Prozentpunkte gegenüber der „herkömmlichen Praxis“ unterstellt. Die Simulation mit einem gesamtwirtschaftlichen Ökonometriemodell ergab folgende Effekte: Die Beschäftigung kann substantiell um fast 2,5 Millionen bis zum Jahr 2005 gesteigert werden, die kreditäre Vorfinanzierung des Investitionsprogrammes schlägt nach etwa drei Jahren in einen Konsolidierungsbeitrag um, der über den gesamten Zeitraum auf etwa 100 Mrd. DM anwächst, wohingegen die Preissteigerungsrate durchschnittlich nur um etwa 0,3 Prozentpunkte (gegenüber der Basislösung) zunimmt²⁵.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, daß die Identifikation von struktureller Arbeitslosigkeit mit (neo)klassischen Ursachen den Blick auf alternative Erklärungsansätze verstellt und deshalb als einer der größten Hemmschuhe für eine effektive Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft angesehen werden muß.

¹⁹ Hierbei handelt es sich um jene virtuelle Ersparnis, die aus einem Vollbeschäftigungseinkommen getätigt werden würde. Aufgrund des Multiplikatorprozesses herrscht saldentechnisch natürlich immer eine Übereinstimmung zwischen Investition und (Ex-post-)Ersparnis. Verantwortlich für diese Fehlentwicklung (im Sinne einer gleichgewichtstheoretischen Betrachtung) ist natürlich der Zinsmechanismus, der nicht, wie von Gleichgewichtstheoretikern angenommen, den Ausgleich von Investitions- und Ersparnistätigkeit koordiniert, sondern monetär bestimmt wird.

²⁰ Ausführlicher in A. Heise: Die Zukunft kapitalistischer Ökonomien zwischen Zusammenbruchspessimismus und Casino-Mentalität, in: A. Heise, W. Meißner, H. Tofaute (Hrsg.): Marx und Keynes und die Krise der Neunziger, Marburg 1994, S. 103-138.

²¹ Der Rückgang der Investitionsquote während der letzten beiden Dekaden korrespondiert in hohem Maße mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum.

²² Vgl. J. M. Keynes: The long-term problem of full employment, in: D. Moggridge (Hrsg.): The Collected Writings of John Maynard Keynes, Band 27, London 1980, S. 320ff.

²³ Vgl. auch K.-G. Zinn: Die Wirtschaftskrise, Meyers Forum Nr. 29, Mannheim u.a. 1994, S. 63ff.

²⁴ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, a.a.O.

²⁵ Vgl. K. Bartsch, A. Heise, H. Tofaute: Grundzüge eines Modernisierungs- und Beschäftigungsprogrammes (MOB) für die Bundesrepublik Deutschland, in: WSI-Mitteilungen, H. 6, 1994, S. 377-390.